

WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2008 — 2785

[C — 2008/00690]

8 JUNI 2008. — Wet houdende diverse bepalingen (II) Duitse vertaling van uittreksels

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de artikelen 1 tot 7 van de wet van 8 juni 2008 houdende diverse bepalingen (II) (*Belgisch Staatsblad* van 16 juni 2008).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2008 — 2785

[C — 2008/00690]

8 JUIN 2008. — Loi portant des dispositions diverses (II) Traduction allemande d'extraits

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande des articles 1^{er} à 7 de la loi du 8 juin 2008 portant des dispositions diverses (II) (*Moniteur belge* du 16 juin 2008).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2008 — 2785

[C — 2008/00690]

8. JUNI 2008 — Gesetz zur Festlegung verschiedener Bestimmungen (II) Deutsche Übersetzung von Auszügen

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung der Artikel 1 bis 7 des Gesetzes vom 8. Juni 2008 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen (II).

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST KANZLEI DES PREMIERMINISTERS

8. JUNI 2008 — Gesetz zur Festlegung verschiedener Bestimmungen (II)

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

TITEL I — Allgemeine Bestimmung

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 77 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

TITEL II — Öffentliche Aufträge

EINZIGES KAPITEL — *Abänderung des Gesetzes vom 24. Dezember 1993
über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge*

Art. 2 - Vorliegendes Kapitel setzt folgende Bestimmungen um:

1. die Artikel 1 Nr. 1 und 2 Nr. 1 Buchstabe *a*) der Richtlinie 89/665/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Nachprüfungsverfahren im Rahmen der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge und Artikel 41 der Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge,

2. die Artikel 1 Nr. 1 und 2 Nr. 1 Buchstabe *a*) der Richtlinie 92/13/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Gemeinschaftsvorschriften über die Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor und Artikel 49 der Richtlinie 2004/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste.

Art. 3 - Artikel 21*bis* des Gesetzes vom 24. Dezember 1993 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge, eingefügt durch das Gesetz vom 9. Juli 2004, wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraph 1 wird wie folgt ersetzt:

«§ 1 - Der öffentliche Auftraggeber setzt Bewerber und Submittenten, die nicht ausgewählt worden sind, und Submittenten, deren Angebot als nicht ordnungsgemäß betrachtet oder nicht gewählt worden ist, in bestmöglicher Frist von einem sie betreffenden Beschluss in Kenntnis. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf bestimmte Aufträge, die im Verhandlungsverfahren ohne Bekanntmachung vergeben werden und deren Liste der König festlegt.

Der König legt die Regeln in Bezug auf die Verpflichtung fest, Bewerbern und Submittenten die Gründe für einen sie betreffenden Beschluss mitzuteilen. Er kann Ausnahmen für bestimmte Aufträge, die im Verhandlungsverfahren ohne Bekanntmachung vergeben werden, vorsehen.»

2. Paragraph 2 wird wie folgt ersetzt:

«§ 2 - Wenn der öffentliche Auftrag oder die öffentliche Baukonzession der europäischen Bekanntmachung bei Einleitung des Verfahrens unterliegt, übermittelt der öffentliche Auftraggeber zusammen mit der in § 1 erwähnten Mitteilung:

1. Submittenten, die nicht ausgewählt worden sind, die Gründe dafür,

2. Submittenten, deren Angebot als nicht ordnungsgemäß betrachtet worden ist, die Gründe für die Ablehnung ihres Angebots,

3. Submittenten, deren Angebot nicht gewählt worden ist, den mit Gründen versehenen Beschluss zur Vergabe des Auftrags.

Die Mitteilung erfolgt unverzüglich per Fax oder auf elektronischem Weg und wird am selben Tag per Einschreiben bestätigt.

Ein öffentlicher Auftraggeber gewährt Submittenten eine Frist von fünfzehn Tagen ab dem Tag nach der in Absatz 2 vorgesehenen Versendung per Fax oder auf elektronischem Weg. Die Submittenten können innerhalb dieser Frist eine Aussetzungsklage bei einem Rechtsprechungsorgan einreichen; eine solche Klage ist je nach Fall nur möglich im Eilverfahren vor dem ordentlichen Richter beziehungsweise im Dringlichkeitsverfahren vor dem Staatsrat. Geht innerhalb der gewährten Frist bei der Anschrift, die der betreffende öffentliche Auftraggeber angegeben hat, keine an ihn gerichtete schriftliche Mitteilung in diesem Sinne ein, darf das Verfahren fortgesetzt werden.»

Art. 4 - In Artikel 41 desselben Gesetzes, abgeändert durch die Gesetze vom 8. April 2003 und 9. Juli 2004, werden die Wörter «21bis §§ 1 und 3,» aufgehoben.

Art. 5 - In Buch I Titel IV desselben Gesetzes wird ein Kapitel IV, das Artikel 41*sexies* umfasst, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«KAPITEL IV — *Information*

Art. 41*sexies* - § 1 - Der öffentliche Auftraggeber setzt Bewerber und Submittenten, die nicht ausgewählt worden sind, und Submittenten, deren Angebot als nicht ordnungsgemäß betrachtet oder nicht gewählt worden ist, in bestmöglicher Frist von einem sie betreffenden Beschluss in Kenntnis. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf bestimmte Aufträge, die im Verhandlungsverfahren ohne Bekanntmachung vergeben werden und deren Liste der König festlegt.

Der König legt die Regeln in Bezug auf die Verpflichtung fest, Bewerbern und Submittenten die Gründe für einen sie betreffenden Beschluss mitzuteilen. Er kann Ausnahmen für bestimmte Aufträge, die im Verhandlungsverfahren ohne Bekanntmachung vergeben werden, vorsehen.«

§ 2 - Wenn der öffentliche Auftrag der europäischen Bekanntmachung bei Einleitung des Verfahrens unterliegt, übermittelt der öffentliche Auftraggeber zusammen mit der in § 1 erwähnten Mitteilung:

1. Submittenten, die nicht ausgewählt worden sind, die Gründe dafür,
2. Submittenten, deren Angebot als nicht ordnungsgemäß betrachtet worden ist, die Gründe für die Ablehnung ihres Angebots,
3. Submittenten, deren Angebot nicht gewählt worden ist, den mit Gründen versehenen Beschluss zur Vergabe des Auftrags.

Die Mitteilung erfolgt unverzüglich per Fax oder auf elektronischem Weg und wird am selben Tag per Einschreiben bestätigt.

Ein öffentlicher Auftraggeber gewährt Submittenten eine Frist von fünfzehn Tagen ab dem Tag nach der in Absatz 2 vorgesehenen Versendung per Fax oder auf elektronischem Weg. Die Submittenten können innerhalb dieser Frist eine Aussetzungsklage bei einem Rechtsprechungsorgan einreichen; eine solche Klage ist je nach Fall nur möglich im Eilverfahren vor dem ordentlichen Richter beziehungsweise im Dringlichkeitsverfahren vor dem Staatsrat. Geht innerhalb der gewährten Frist bei der Anschrift, die der betreffende öffentliche Auftraggeber angegeben hat, keine an ihn gerichtete schriftliche Mitteilung in diesem Sinne ein, darf das Verfahren fortgesetzt werden.

§ 3 - Bestimmte Angaben müssen jedoch nicht mitgeteilt werden, wenn diese Offenlegung den Gesetzesvollzug behindern, dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen oder die berechtigten geschäftlichen Interessen von öffentlichen oder privaten Unternehmen oder den laueren Wettbewerb zwischen diesen beeinträchtigen würde.»

Art. 6 - In Buch II Titel I desselben Gesetzes wird ein Kapitel III*bis*, das Artikel 62*bis* umfasst, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«KAPITEL III*bis* — *Information*

«Art. 62*bis* - § 1 - Der Auftraggeber setzt Bewerber und Submittenten, die nicht ausgewählt worden sind, und Submittenten, deren Angebot als nicht ordnungsgemäß betrachtet oder nicht gewählt worden ist, in bestmöglicher Frist von einem sie betreffenden Beschluss in Kenntnis. Der König kann Ausnahmen für bestimmte Aufträge vorsehen, die im Verhandlungsverfahren ohne Bekanntmachung vergeben werden und deren Liste Er festlegt.

Der König legt die Regeln in Bezug auf die Verpflichtung fest, Bewerbern und Submittenten die Gründe für einen sie betreffenden Beschluss mitzuteilen. Er kann Ausnahmen für bestimmte Aufträge, die im Verhandlungsverfahren ohne Bekanntmachung vergeben werden, vorsehen.»

§ 2 - Wenn der Auftrag der europäischen Bekanntmachung bei Einleitung des Verfahrens unterliegt, übermittelt der Auftraggeber zusammen mit der in § 1 erwähnten Mitteilung:

1. Submittenten, die nicht ausgewählt worden sind, die Gründe dafür,
2. Submittenten, deren Angebot als nicht ordnungsgemäß betrachtet worden ist, die Gründe für die Ablehnung ihres Angebots,
3. Submittenten, deren Angebot nicht gewählt worden ist, den mit Gründen versehenen Beschluss zur Vergabe des Auftrags.

Die Mitteilung erfolgt unverzüglich per Fax oder auf elektronischem Weg.

Ein Auftraggeber gewährt Submittenten eine Frist von fünfzehn Tagen ab dem Tag nach der in Absatz 2 vorgesehenen Versendung per Fax oder auf elektronischem Weg. Die Submittenten können innerhalb dieser Frist eine Aussetzungsklage bei einem Rechtsprechungsorgan einreichen; eine solche Klage ist je nach Fall nur möglich im Eilverfahren vor dem ordentlichen Richter beziehungsweise im Dringlichkeitsverfahren vor dem Staatsrat. Geht innerhalb der gewährten Frist bei der Anschrift, die der betreffende Auftraggeber angegeben hat, keine an ihn gerichtete schriftliche Mitteilung in diesem Sinne ein, darf das Verfahren fortgesetzt werden.

§ 3 - Bestimmte Angaben müssen jedoch nicht mitgeteilt werden, wenn diese Offenlegung den Gesetzesvollzug behindern, dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen oder die berechtigten geschäftlichen Interessen von öffentlichen oder privaten Unternehmen oder den laueren Wettbewerb zwischen diesen beeinträchtigen würde.»

Art. 7 - Der König legt das Datum des Inkrafttretens der Artikel 2 bis 6 fest.

Vorliegender Artikel tritt am Tag der Veröffentlichung des vorliegenden Gesetzes im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

(...)

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 8. Juni 2008

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Premierminister

Y. LETERME

Der Minister der Justiz

J. VANDEURZEN

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

J. VANDEURZEN

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2008 — 2786

[C — 2008/00707]

17 JUNI 2008. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 16 juli 1992 betreffende de bevolkingsregisters en het vreemdelingenregister

VERSLAG AAN DE KONING

Sire,

Het koninklijk besluit dat wij de eer hebben aan Uwe Majesteit ter ondertekening voor te leggen strekt er toe in het koninklijk besluit van 16 juli 1992 betreffende de bevolkingsregisters en het vreemdelingenregister een nieuwe categorie van tijdelijk afwezigen in te voeren, namelijk de personen die sinds 6 maanden of langer verdwenen zijn, en waarvan de verdwijning gesignaleerd werd aan de lokale of federale politie.

De verschillende categorieën van personen die beschouwd worden als tijdelijk afwezig uit hun gezin, worden opgesomd in artikel 18 van het koninklijk besluit van 16 juli 1992 betreffende de bevolkingsregisters en het vreemdelingenregister. Het betreft bijvoorbeeld de studenten, of de Belgische diplomaten.

Door de personen die het voorwerp uitmaken van een langdurige verdwijning hieraan toe te voegen wordt benadrukt dat zij deel blijven uitmaken van het gezin, totdat er een einde komt aan hun tijdelijke afwezigheid hetzij door hun terugkeer, hetzij door hun overlijden. Zo wordt een voorbarige ambtshalve afschrijving door de gemeente vermeden.

Het ontwerp kwam tot stand op verzoek van Child Focus.

Child Focus, Stichting voor Vermiste en Sexueel Uitgebuide Kinderen, opgericht met als doel tussenbeide te komen in alle gevallen van verdwijning van kinderen en seksuele uitbuiting en dit in eender welk stadium, heeft vastgesteld dat vele ouders van een verdwenen kind nog post van overheidsinstanties ontvangen die aan het kind gericht is. Zoiets kan schokkend overkomen: de verdwijning van het kind werd immers gesignaleerd aan de politie en/of aan Child Focus. Overeenkomstig het « protocol tot regeling van de samenwerking tussen Child Focus en de gerechtelijke instanties » bestaat er een wederzijdse informatieplicht tussen beide organismen.

In het ontwerp voorgelegd aan de Raad van State werd, gelet op de specifieke gerichtheid naar kinderen en jongeren toe, de vermelding van de tijdelijke afwezigheid wegens langdurige verdwijning beperkt totdat de betrokkene de leeftijd van 18 jaar bereikte. De Raad van State heeft echter, gelet op het gelijkheidsbeginsel, gesteld dat deze beperking moest wegvallen. Hiermee werd rekening gehouden.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2008 — 2786

[C — 2008/00707]

17 JUIN 2008. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 16 juillet 1992 relatif aux registres de la population et au registre des étrangers

RAPPORT AU ROI

Sire,

L'arrêté royal que nous avons l'honneur de soumettre à la signature de Votre Majesté vise à introduire dans l'arrêté royal du 16 juillet 1992 relatif aux registres de la population et au registre des étrangers une nouvelle catégorie de personnes temporairement absentes, à savoir les personnes disparues depuis six mois ou plus et dont la disparition a été signalée à la police locale ou fédérale.

Les différentes catégories de personnes considérées comme temporairement absentes de leur ménage sont énumérées à l'article 18 de l'arrêté royal du 16 juillet 1992 relatif aux registres de la population et au registre des étrangers. Il s'agit par exemple des étudiants ou des diplomates belges.

En y ajoutant les personnes qui font l'objet d'une disparition de longue durée, on insiste sur le fait qu'elles font partie du ménage jusqu'à ce qu'il soit mis fin à leur absence temporaire soit par leur retour soit par leur décès. Une radiation d'office prématurée par la commune est ainsi évitée.

Le projet a été rédigé à la demande de Child Focus.

Child Focus, Fondation pour enfants disparus et sexuellement exploités, ayant pour but d'intervenir dans tous les cas de disparition d'enfants et d'exploitation sexuelle et ce à n'importe quel stade, a constaté que de nombreux parents d'un enfant disparu reçoivent encore du courrier d'autorités publiques adressé à l'enfant. Cela peut paraître choquant, la disparition de l'enfant ayant en effet été signalée à la police et/ou à Child Focus. Conformément au « protocole réglant la collaboration entre Child Focus et les autorités judiciaires », il existe une obligation d'information réciproque entre les deux organismes.

Dans le projet soumis au Conseil d'Etat qui avait été rédigé en pensant spécifiquement aux enfants et aux jeunes, la mention de l'absence temporaire pour disparition de longue durée avait été limitée jusqu'à ce que l'intéressé ait atteint l'âge de 18 ans. Vu le principe d'égalité, le Conseil d'Etat a toutefois déclaré que cette restriction devait disparaître. Il en a été tenu compte.